



Aus den Erfahrungen des deutschen Volkes mit „großen Koalitionen“

SPD-Minister Severing wich der „Gewalt“

Wenn der SPD-Parteitag am 13. Juni 1924 in einem Beschluß feststellte „Koalitionspolitik ist keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik“, so erhält dieser Satz für die in der Weimarer Republik gegebenen Umstände nur dann einen Sinn, wenn man unter Taktik nicht die Taktik der Arbeiterklasse im Kampf um die Macht, sondern diejenige der Großbourgeoisie bei der Sicherung ihrer Macht versteht. Je nach der konkreten Kräftekonstellation übte sie die Macht aus, indem sie auf der Grundlage eines schändlichen parlamentarischen Systems ihre eigenen Parteien die Regierungsgeschäfte wahrnehmen ließ, indem sie die opportunistische SPD-Führung mitregieren ließ, um die revolutionären Bestrebungen der Massen zu lähmen, oder indem sie — wenn dies nicht mehr ausreichte — unter Ausschaltung der rechten Sozialdemokraten zu mehr oder weniger diktatorischen Herrschaftsformen überging, zu denen die Weimarer Verfassung mit dem Paragraphen 48 legale Wege eröffnete.

Deutlich offenbarte sich der Charakter der Koalitionspolitik der SPD mit den bürgerlichen Parteien als die Verschärfung der ökonomischen und politischen Widersprüche im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise der Bourgeoisie nicht mehr erlaubte, mit den bisherigen Methoden weiterzuherrschen, als es den rechten SPD-Führern nicht mehr möglich war, zwischen der Unzufriedenheit und revolutionären Stimmung großer Teile ihrer Mitgliedschaft und der Massen der Arbeiter sowie den Interessen der herrschenden Klasse zu lavieren.

Auf ihrer Tagung im Dezember 1920 (vgl. nach nebensichenden Diskussionsbeitrag) sprach der Reichsverband der Deutschen Industrie offen aus, daß das in seiner Denkschrift niedergelegte Programm unter einer parlamentarischen Regierung nicht durchführbar sei, und er verlangte eine neue Regierung, die „durchzugreifen ernsthaft gewillt ist“, die mit Notverordnungen und Ausnahmezustand regieren sollte. Nachdem Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht bereits im Oktober 1920 die sozialdemokratisch geführte Regierung Hermann Müller in Zahlungsschwierigkeiten gebracht hatte, häuften sich die Angriffe von rechts bis im März 1930 der rechte Flügel der Koalition, die Deutsche Volkspartei, die Koalition sprengte und den Rücktritt der Regierung Müller erzwang. Die imperialistischen Kräfte verzichteten von nun an auf die Teilnahme der SPD an der Regierung — in der „Opposition“ war sie ihnen nützlich — und beschritten über die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher den Weg der schrittweisen Ausschaltung des Parlaments und des Übergangs zur faschistischen Diktatur.

Die beiden nebensichenden Dokumente aus dem Jahre 1932 verdeutlichen, welche ruhmlose Ende die von Braun (SPD) geführte Koalitionsregierung in Preußen nahm, deren Innenminister der Sozialdemokrat Severing war. Papierne Proteste waren der einzige „Widerstand“ gegen den Staatsstreich der Regierung Papen vom 20. Juli. Ernst Thälmann stellte zu diesem Datum fest: „Deutschland befindet sich seit dem 20. Juli im Zeitabschnitt des unmittelbaren Kampfes um die faschistische Diktatur.“ Die Koalitionspolitik der SPD hatte sich als Wegbereiter für die offen diktatorische Herrschaft der Monopolbourgeoisie erwiesen.

Die „große Koalition“ in Bonn lag — in vorgerücktem Stadium der Notstandspolitik — ebenso wie die Weimarer Koalitionen eine Übergangsform, dazu bestimmt, so lange wie möglich die Arbeiterklasse bei der Stange zu halten, schließlich aber einer offenen diktatorischen Form der Monopolherrschaft Platz zu machen. Mögen die parallelen historischen Spuren schröcken!

Aus der Rede Paul Silverbergs auf der Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 4. September 1926

... Wie dem aber auch sei, es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder mit charakterfester Führung verfügen — ich meine hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legion —, sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht...

Es hieß sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie, eine Minderheit in der Zentrumspartei ihre politische Vertretung findet... Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftlich unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungstreuen Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig; es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben: Es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen.

quenz haben: Es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen.

Aus dem Diskussionsbeitrag von Direktor Wittke auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12. Dezember 1929

Um das durchzuführen, was heute von den Herren Referenten verlangt worden ist, bedarf es einer festen und beständigen Regierung, die durchzugreifen ernsthaft gewillt ist. Fest und beständig sind aber keine Attribute deutscher Staatsgewalt, weil man bei uns Demokratie und Parteienwirtschaft verwechselt. Von den Parteien, von denen jede angeblich nur die Mehrheit braucht, um die Not des deutschen Volkes zu beheben, kann man ebenfalls einen Kompromiß verlangen, d. h. also im besten Sinne des Wortes eine halbe Maßnahme. Mit Halbheiten ist uns aber nicht mehr gedient. Das Kompromiß, das in den nächsten Tagen von diesem Reichstag geschaffen werden wird, reicht nicht aus, um die Not unseres Volkes und unserer Wirtschaft, die heute hier mit Ernst und Deutlichkeit geschildert worden ist, zu beheben. Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, kann es sie nicht meistern, dann wird gar nichts anderes übrigbleiben als wieder einmal, wie es ja bereits

1923/24 der Fall gewesen ist, sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben, was im übrigen eine durchaus zulässige, verfassungsmäßige Sache ist. Man muß versuchen, durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann. — Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht noch die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt...

Aus den Erinnerungen Carl Severings an die Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 16. Juli 1932

In einer Besprechung am Morgen dieses Tages, an der neben Otto Wels Breitscheid, Hilferding, Vogel, Crispian und Stampfer teilnahmen, habe ich dem Parteivorstand dargelegt, daß die Initiativen sich mehrten, die auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen noch vor den Wahlen hindeuteten. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Schleicher, Papen und Gayl von einer solchen Aktion eine Prestigeeinbuße der Sozialdemokratie erhofften, zugleich aber auch eine Verbesserung der Atmosphäre mit den Rechtskreisen. Für die Haltung der sozialdemokratischen Minister in der Preußenregierung und der sie stützenden Parteien komme es maßgebend darauf an, in welchen Formen die Einsetzung erfolgen würde, ob die verfassungsgemäßen Bestimmungen gewahrt blieben oder ob sich die Schleicher stark genug fühlen würden, sich über Verfassungsbestimmungen hinwegzusetzen. Dabei stelle sich die Frage, ob gegen ein ungesetzliches, von der Reichswehr gedecktes Vorgehen ein Einsatz der Polizei, gestützt von den Massen der Eisernen Front, möglich und geboten sei. Trotz aller Zersetzungsversuche sei die Berliner Polizei in ihrer Mehrheit der republikanischen Regierung treu geblieben. Im Hinblick auf die Gefechtsstärke der Reichswehr und der Polizei sei der Einsatz der Polizei aber nur dann zu vertreten, wenn man ihn auf eine Demonstration von kurzer Dauer beschränken würde. In diesem Augenblick übertrug mich

Friedrich Stampfer mit der Bemerkung, daß ich kein Recht habe, die Kosten meiner Polizeibeamten tapfer zu sein. Das war auch meine Meinung. Ich hätte keineswegs die Absicht, dem Parteivorstand die ungedeutete Art der Abwehr zu empfehlen. Andererseits fühle ich mich aber verpflichtet, alle Möglichkeiten des Widerstandes oder eines nichtbaren Protestes in diesem Gremium zu erörtern. Die Besprechung kam einmütig zu dem Ergebnis, bei allem, was kommen möge, die Rechtsgrundlage der Verfassung nicht zu verlassen.

Aus den Erinnerungen des ehemaligen Staatssekretärs im preussischen Ministerium des Inneren Wilhelm Beegg an den 20. Juli 1932

Severing empfing am Vormittag des genannten Tages gem. telefonischer getroffener Vereinbarung den zur Verwaltung des preussischen Innenministeriums zunächst ausersessenen Oberbürgermeister Dr. Bracht aus Essen, der sich... dem damaligen Reichskanzler von Papen zur Verfügung gestellt hatte; beide verhandelten unter vier Augen allein. Danach hat mir Severing erzählt: Er habe sich auf das Verlangen zur Räumung seines Postens dahin geäußert, daß er nur der Gewalt weichen würde; Bracht habe erwidert: Die könne er aufbringen; worauf vereinbart worden sei, daß die Einsetzung des preussischen Innenministers mit Gewalt zur Vermeidung öffentlichen Aufsehens erst am Abend in der Dunkelstunde vor sich gehen solle. Bracht ist dann, nachdem sich tagsüber das Innenministerium aufgelöst habe, aber ruhig gewesene Menge verlaufen hatte, gegen 19.30 Uhr mit dem von Papen zum Polizeipräsidenten von Berlin bestimmten Polizeipräsidenten Dr. Meißner, gleichfalls aus Essen, und dem zum neuen Kommandeur der Berliner Schutzpolizei designierten Polizeioberst Poten im Innenministerium erschienen. Daraufhin hat Severing nicht nur das Zimmer, sondern auch das Amt aufgegeben.



Zu den Bildern — oben links: Verhaftung revolutionärer Arbeiter auf Weisung sozialdemokratischer Führer im Jahre 1923. Oben rechts: Carl Severing und Otto Braun — 1932 davongejagte „Koalitionspartner“ (rechts im Bilde der SPD-Führer Otto Wels). Unten: Brandt als Wegbereiter für den „starken Mann“ Strauß im Kabinett Kiesinger, dem schon vor seiner Konstituierung Übergangscharakter zugeschrieben wurde.

Fotos: Zentralbild